



INTERN

Die Zeitung für aktive Parteimitglieder der SPD Düsseldorf



Ausgabe 2/2008



Wer wir sind
Was wir wollen.
Was wir tun.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen | ASF

Wer wir sind...

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen/AsF - wir sind die Frauen in der SPD. Und wir sind stark: mit gut 900 Sozialdemokratinnen vertreten wir mehr als jedes dritte Mitglied in der SPD Düsseldorf.

Wir sind jung und alt, tätig in Beruf und Familie, in Partnerschaft oder allein lebend, mit und ohne Kind, stehen am Anfang, voll im oder am Ende des Berufslebens. Und wir treten alle für ein Ziel ein: die Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Arbeitswelt, Wissenschaft und Gesellschaft.

Wir in der AsF wollen eine menschliche Gesellschaft und damit die männliche überwinden. Wir mischen uns ein und mischen mit: Wir verstehen uns als frauenpolitische Ideenwerkstatt und als Wegweiserinnen, als Ansprechpartnerinnen vor Ort und als Netzwerk - und das nicht nur für die Frauen in der SPD.

Impressum:
Herausgeber
SPD Düsseldorf
Kavalleriestrasse 16
40213 Düsseldorf

Redaktion:
AsF, Benno Jacobs, Boris Schmidt, Günter Freitag

INTERNATIONALER FRAUENTAG AM 8. MÄRZ

„Jetzt sind wir dran“



Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. Der Internationale Frauentag steht in diesem Jahr unter dem Motto "Jetzt sind wir dran."

Der internationale Frauentag ist mit der Forderung nach Gleichheit und Emanzipation verbunden. Im Gegensatz zum Muttertag werden hier die Frauen nicht auf ihre Mutterrolle reduziert. Seit die sozialistische internationale Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen den Frauentag ins Leben gerufen hat, wird dieser in der Welt begangen. Die UN hat ihn 1975 zum internationalen Gedenktag gemacht. Hier eine fiktionale Düsseldorfer Frauengeschichte, die exemplarisch für viele Frauengenerationen stehen kann:



1863: Elsbeth M. wird als 3. Kind von Gustav M. (Arbeiter im Dampfkesselwerk) und von der Küchenhilfe Marie M. in Oberbilk geboren. Gustav M. ist einer der Mitgründer des Düsseldorfer Arbeitervereins. Marie war noch nicht zur Schule gegangen, aber Elsbeth kann zusammen mit ihren beiden Brüdern zur Volksschule gehen. 1871 Aufnahme des § 218 in das Strafgesetzbuch. Elsbeth wird nach der Schule mit 16, als ungelernete Arbeiterin bei der Firma Jagenberg, eingestellt. Sie lebt mit ihrem Mann Hans und drei Söhnen in einer 2-Zimmerwohnung (ohne Heizung und mit dem Abort im Hinterhof).

1891: Elsbeth, politisch stark geprägt durch ihren Vater, erlebt noch die Forderungen der SPD im Erfurter Grundsatzprogramm nach dem allgemeinen Frauenwahlrecht und der rechtlichen Gleichstellung der Frau. Sie stirbt mit nur 28 Jahren nach der Geburt von Elisabeth im Kindbett.

1908: Elisabeth geht nach der Volksschule auf die höhere Mädchenschule und hat sich schon vor der Abschaffung des Reichsvereinsgesetzes (es untersagte den Frauen die Mitarbeit in Parteien) in einem der nicht legalen Arbeiterinnenvereine engagiert. Sie tritt der Düsseldorfer SPD (1904 ca. 1000 Mitglieder) bei.

Nach Abschluss ihres Lehrerinnenexamens kann sie 1911 nach Berlin reisen und dort am 1. Internationalen Frauentag teilnehmen. In Berlin fordern 45.000 Menschen das Frauenwahlrecht als Menschenrecht. **1915:** Elisabeth ist als Lehrerin an einer Düsseldorfer





Volksschule in Flingern tätig. Nach Einzug ihrer Mannes zur Reichswehr kommt ihre Tochter Lisa zur Welt. Elisabeth muss sich und ihre Tochter alleine durchbringen. In der Düsseldorfer SPD stößt die Bewilligung der Kriegskredite auf heftige Kritik. Und 1917 schließen sich große Teile der Düsseldorfer SPD der USPD an.

Elisabeth kann sich und ihre mittlerweile 2 Kinder durch die Hungerzeit 1917/1918 bringen, aber diese wachsen ohne Vater auf, der nicht aus dem 1. Weltkrieg zurückkehrte. Sie nimmt am 19. November 1919 ihr Wahlrecht wahr. Frauen in Deutschland dürfen erstmalig wählen und gewählt werden. Sie verfolgt die Auseinandersetzungen um die Novemberrevolution, aber wird nicht aktiv. Lisa und ihr Bruder wachsen in einem Elternhaus auf, das die Freiheit der 30er Jahre genießt. Elisabeth und ihr Mann betrachten mit Sorge die Wahlergebnisse der NSDAP in Düsseldorf (1930: 13,6 %, 1933 36,8%). Elisabeth hat wieder geheiratet und arbeitet als Lehrerin.



1934: Elisabeth wird als Lehrerin entlassen, da sie verheiratet ist. Nachdem Düsseldorf Hitler 1937 zujubelt, schickt Elisabeth ihre Tochter Lisa nach der Beendigung der Schule zu einer Tante in die Nähe von Kleve. Aber auch dort wird Lisa zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und trifft dort ihre Mutter wieder, die 1942, nachdem ihre Düsseldorfer Wohnung ausgebombt wurde, dorthin geflüchtet war. Lisa wird zur Krankenschwester ausgebildet.



1945 kehrt Lisa nach Düsseldorf zurück und findet auch an eine Anstellung im Dominikus Krankenhaus. Am 1. September 1948 tritt in Bonn das erste Mal der parlamentarische Rat zusammen und die SPD führt in Düsseldorf ihren 3. Reichsparteitag durch. 80.000 Menschen nehmen an der Auftaktveranstaltung im Hofgarten teil, unter ihnen auch Lisa mit ihrem Mann Josef. Am **23. Mai 1949** wird in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgenommen.

1950: Lisa wird sehr spät Mutter, im Juni kommt Tochter Lissy zu Welt. Lisa gibt ihren Beruf auf. **1955:** Das Bundesverfassungsgericht erklärt „Frauenlöhne“ für verfassungswidrig. Lissy wächst heran und geht nach Volksschule und Realschule in eine Bürolehre bei der Gerresheimer Glashütte.

1969 beendet Lissy erfolgreich ihre Lehre. Lissy macht keine Erfahrungen mit der 1968-er Studentenbewegung in der BRD, aber sie verfolgt interessiert die Anfänge der sozialliberalen Koalition mit Willy Brandt, die in den nächsten Jahren zahlreiche Reformen im Familienrecht durchsetzen wird.

Als **1973** die erste AsF-Bundeskonferenz stattfindet, entschließt sich Lissy, (die Gewerkschaftlerin seit Beginn ihrer Lehre ist) in die SPD einzutreten. Sie ist genau wie ihre Mutter für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, d.h. für eine Fristenregelung im Abtreibungsrecht.



AsF-Regionalkonferenz Niederrhein Kampf gegen die Frauenarmut

„Die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen lässt nach wie vor auf sich warten“, kritisierte die Düsseldorfer Parteivorsitzende Karin Kortmann auf der AsF-Regionalkonferenz Niederrhein hier in der Landeshauptstadt. „Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ Vor allem die Einführung des Mindestlohns werde den Frauen helfen. Er hilft ihrer Ansicht nach auch im Kampf gegen die Frauenarmut. Ein Thema, das nicht so gut zu einer so glamourösen Stadt wie Düsseldorf passe, sagte Bürgermeisterin Gudrun Hock.

„Die Erfolgsmeldungen über Düsseldorf“, so Gudrun Hock, „überdecken, dass es bei uns eine erschreckend große Zahl vor allem von älteren Frauen gibt, die in Armut leben.“ Was heißt Armut? Wissenschaftler unterscheiden weltweit zwischen der absoluten und der relativen Armut. Absolut arm ist ein Mensch, wenn er pro Tag nicht einmal über einen Dollar verfügt. In Deutschland und in Düsseldorf geht es vor allem um die so genannte relative Armut. Arm ist danach, wer monatlich weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Um Frauen, die über so wenig Geld verfügen, ging es auf der AsF-Konferenz. Drei Arbeitsgruppen befassten sich mit dem Thema Frauenarmut. „Alt, krank, behindert: Wege aus der Altersarmut“, „Mädchen sind klug. Wo bleiben die Chancen?“ und Kinder „Ja“, Armut „Nein“!

„In Deutschland waren im Jahr 2003 13,5 Prozent der Bevölkerung arm“, erklärte Claudia Nell-Paul MdL in ihrem Referat „Frauen und Armut, Frauen in Armut“, welches im Mittelpunkt der Veranstaltung stand und die Diskussionsgrundlage bildete. „Besonders alarmierend: Mehr als ein Drittel der Armen oder von Armut Bedrohten sind Alleinerziehende und ihre Kinder.“

Das gesamte Referat von Claudia Nell-Paul ist im Internet zu lesen unter:

<http://www.nell-paul.de/spd/downloads.html>

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Internationaler Frauentag 2008: Jetzt sind wir dran.



„Jetzt sind wir dran“, diesen selbstbewussten Anspruch erheben die Frauen in der SPD anlässlich des Internationalen Frauentages 2008.

Wir wollen gute Arbeit. Das heißt für uns, wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, doch das Arbeitszeitvolumen, das von ihnen geleistet wird, sinkt. Immer noch bekommen Frauen in Deutschland über 20 Prozent weniger Geld für ihre Erwerbsarbeit - sagt die amtliche Statistik. Somit teilen sich immer mehr Frauen einen immer kleineren Kuchen. Mit geringfügiger Beschäftigung, die für Frauen häufig die einzige Erwerbstätigkeit darstellt, lässt sich keine eigenständige Existenz sichern.

Jetzt sind wir dran:

- Wir wollen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- Wir wollen faire Löhne für gute Arbeit.
- Wir wollen einen flächendeckenden Mindestlohn.
- Wir wollen das Steuerrecht umgestalten. Ehegattensplitting und Lohnsteuerklasse V machen die Erwerbstätigkeit für verheiratete Frauen oft unattraktiv.
- Wir wollen junge Frauen ermutigen, Zukunfts- und Aufstiegsperspektiven und eine gute Bezahlung zu einem wichtigen Kriterium ihrer Berufswahl zu machen.
- Wir wollen mehr für Frauen auch in Führungspositionen. Bisher hat die freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Daran wird auch die dritte Bilanz, die im nächsten Monat vorliegen soll, nicht viel ändern.
- Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz. Wir wollen Frauen in Wirtschaft, Verwaltungen, Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie Aufsichtsgremien den Weg in Spitzenpositionen ebnen.

Es ist gut, dass Frauen den Mut finden, auch die Möglichkeiten zu nutzen, die das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bietet, um gegen Diskriminierung zu klagen und ihre Ansprüche einzufordern.

Von der auch für Frauen zuständigen Bundesministerin von der Leyen und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die in ihrer Verantwortung liegt, erwarten wir, dass sie endlich etwas gegen die alltägliche Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft tun.

Denn: Jetzt sind wir dran.



1975 nehmen Lissy und ihre Mutter, als zwei von 10.000 Menschen, am Internationalen Frauentag in Dortmund teil. Das Ehe- und Familienrecht wird entscheidend reformiert. Erst jetzt kann jede Ehefrau ohne die Einwilligung ihres Mannes erwerbstätig sein. Lissys erste Tochter Lilly wird geboren. Lissy vereinbart mit Lillys Vater Paul, dass sie die Zeit, bis ihre Tochter einen Kindergartenplatz erhalten kann und sie ihre Erwerbsarbeit wieder aufnehmen kann, dazu nutzt, ihr Abitur in Abendkursen zu machen.

1980 beginnt Lissy ihr Diplom-Pädagogikstudium. Eva (geboren 1978) und Lilly haben einen der wenigen Plätze in einer städtischen Kindertagesstätte erhalten. Soweit Lissy Zeit und Kraft hat (Paul hat die Familie verlassen), geht sie zu den Versammlungen der SPD und der AsF in Düsseldorf.

Am 8. März **1983**, findet organisiert von autonomen Frauengruppen, Gewerkschaft- und Parteifrauen eine gemeinsame Demonstration zum ‚Internationalen Frauentag‘ statt. Lissy, mit Lilly und Eva, ist dabei. Denn seit Herbst 1982 gibt es in Bonn keine sozial-liberale Koalition mehr und Lissy befürchtet, dass jetzt eine Zeit der Rückschrittes beginnt. Die Debatten in der Bevölkerung, um die frisch errungenen Rechte der Frauen, um die atomare Bedrohung durch Waffen aus Ost und West und durch den Bau von Atomkraftwerken und, und, haben ihr klargemacht, dass sie sich politisch einmischen muss.

1987: Lilly wechselt auf das Luisen-Gymnasium. CDU und FDP haben die Bundestagswahl im Januar gewonnen. **1994:** Lilly kehrt von einem Austauschjahr in den USA zurück. **1996:** Lilly besteht das Abitur und beginnt das Studium der Betriebswirtschaft in Köln und verlässt Düsseldorf für die Zeit des Studiums.

2000: Nach überdurchschnittlich gutem Abschluss ihres Studiums erhält sie von einem großen Düsseldorfer Unternehmen das Angebot mit einem Dreijahresvertrag für diese Firma nach Leipzig zu gehen und dort ihre ersten Berufserfahrungen zu sammeln.

2007: Mit Sohn Emil (2) und Freund Roger (31) kehrt Lilly nach Düsseldorf zurück, da Roger und sie glücklicherweise Arbeitsstellen bekommen haben. Roger hat einen Vertrag mit 30 und Lilly mit 21 Wochenstunden. (Autorin: Dorothea Düsedau)



Quote her!

Frauen in die Spitzen von Unternehmen und Verwaltung!

Unser neues Parteiprogramm bringt es auf den Punkt. „Wenn wir die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!“ In Hamburg haben generationenübergreifend Sozialdemokratinnen dafür gesorgt, dass klare Worte ins Programm einzogen. „Gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien“ sind nun programmatisch verankert.

Norwegen macht es vor, dort gibt es sie schon, die gesetzlich vorgeschriebene 40 % Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten und Führungsetagen in börsenorientierten Unternehmen. In Deutschland gilt es initiativ zu werden – auf allen politischen Ebenen. Der Frauenausschuss bei uns in Düsseldorf hat sich seit 1997 auf die Fahne geschrieben, das sich die Situation von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung, vor allem was Frauen in Führungspositionen betrifft, verbessern muss.

Instrument sind die Zielvereinbarungen, die mit den einzelnen Ämtern abgeschlossen werden, und Gleichstellung und Antidiskriminierung anstreben. Die Controllingberichte, die alle zwei 2 Jahre erstellt werden müssen, zeigen, es hat sich manches getan: Die Einführung von Arbeitszeitsparbüchern, um Kinderbetreuung zu erleichtern, geschlechtergerechte Sprache in städt. Veröffentlichungen, mehr Frauen im mittleren Führungsbereich. Nur in den Führungsetagen tut sich, trotz heftigstem Bedauern von allen Seiten- nichts!

Die „gläserne Decke“ verhindert - unsichtbar, aber wirksam – den weiblichen Aufstieg, in die Führungsetagen der Verwaltung! Wir Sozialdemokratinnen im Ausschuss bleiben hier dran, wenn wir auch bei den Mehrheitsfraktionen mit viel Unkenntnis und Ignoranz zu kämpfen haben. Patriarchalisches Verhalten gegenüber Spitzenfrauen in Politik und Verwaltung, gepaart mit dem Aushebeln von demokratischen Spielregeln sowie „Macho Allüren“ gehören in die Schranken gewiesen! Das Ziel von Hamburg ist Auftrag für unsere konkrete Tätigkeit im Frauenausschuss: Die Feminisierung der Verwaltung, um das Glas springen zu lassen!!

(Marina Spillner - Sprecherin der SPD Fraktion im Frauenausschuss)

Ich wünsche mir für uns Frauen:



„Chancengleichheit im Beruf“

Silvia, 24



„Mehr aktive Mitstreiterinnen“

Rosi, 78



„Echte Gleichberechtigung“

Manuela, 29



„Genug Geld im Alter“

Monika, 49



„Mehr KITA-Plätze“

Janine, 19

PORTRAIT

Ingrid Heinlein - Leben für Arbeit und Gerechtigkeit

Die 67-jährige Richterin Ingrid Heinlein ist eine sympathische Paragrafenreiterin. Gegenwärtig gibt sie der Gerechtigkeit Hilfen als Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht in der 9. Kammer auf der Basis des Arbeitsrechts. „Hohe Schule“, kein „Schweinsgalopp“. Sie nimmt Führungs- und Leitungsaufgaben in der Judikative wahr. Diese profilierte Tätigkeit hält sie viel zu oft in Gebäuden fest.

Licht und Farbe bekommt die Rechtschaffene bei ihren Reisen nach Nicaragua und Honduras. Irgendwie ist sie ein wenig „spanisch“ geworden.

Schau'n wir sie genauer an:

Ingrid wurde 1945 geboren. Nach dem zweiten Staatsexamen begannen für sie die „Lehr- und Wanderjahre“ als Volljuristin. Arbeitgeberverband für das Speditions- und Transportgewerbe, Institut für Sozialrecht an der Uni Bochum, Sozialakademie Dortmund. Die Bildungsarbeit brachte sie mit Betriebsräten und Gewerkschaftssekretären in Kontakt.

Dann wurde Ingrid Richterin am Arbeitsgericht Essen, wohnte aber weiter in Bochum. 1980 tritt Ingrid in die SPD ein. Mit ihrem Umzug nach Düsseldorf kam sie 1986 in den Ortsverein Derendorf-Golzheim, in dem sie bis heute Mitglied ist. Hier lernte sie Karin Schimmels kennen und arbeitete mit ihr sehr eng in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) zusammen. Viele Jahre war sie stellvertretende Vorsitzende der Düsseldorfer AsJ.

Ingrid Heinlein lernte als Vierzigerin auch Regine Barth und Ladislav Ceci kennen, Jungsozialisten, die mit anderen den SPD-Arbeitskreis Internationale Politik (AKI) gründeten. Sie kümmerten sich um Fragen der „Dritten Welt“ und versuchten z.B. der völlig verarmten Bevölkerung Nicaraguas zu helfen. Ingrid Heinlein kannte die Lage in Nicaragua persönlich durch eine SPD-Reise und begann danach sofort, Spanisch zu lernen. Bereits in Bochum half sie bei der Gründung einer Städtepartnerschaft zu Boaco/Nicaragua und wurde in Düsseldorf sehr bald Mitglied im Nicaragua-Verein.

Erneut reiste sie, um die Menschen in Nicaragua zu unterstützen, z.B. die Städtepartnerschaft mit Ciudad Sandino zu pflegen, Alphabetisierungsprogramme und Kinderhilfspro-

jekte mit aufzubauen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte sie bei einem Projekt zur Untersuchung des Arbeitslebens bzw. des Arbeitsrechts in Nicaragua.

Kampf um gute Löhne

Eine Menschenrechtsorganisation half ihr die Arbeitsbedingungen von Textilarbeiterinnen in Honduras zu untersuchen, die Bekleidung für den Weltmarkt nähen. Resultat ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Düsseldorfer Nicaragua Verein und einer honduranischen Frauenorganisation (CODEMUH). Sie kämpft dafür, dass die Produktion in den Bekleidungsfabriken unter menschenwürdigen Bedingungen erfolgt und Löhne, die den Familien das Überleben ermöglichen, gezahlt werden. Das Projekt ist Bestandteil der weltweiten Clean-Clothes-Kampagne. Ingrid fliegt weiter regelmäßig nach Honduras.

Durch ein bilaterales Programm war unsere Richterin inzwischen mehrfach in Madrid, um das spanische Arbeitsrecht und die Organisation der Justiz - ein Selbstverwaltungssystem - kennen zu lernen. Ingrid Heinlein ist Mitglied der Neuen Richtervereinigung, die auch als Verband auf europäischer Ebene an Projekten teilnimmt.

Neue Initiativen

Für Ingrid Heinlein ist die SPD unverändert wichtig. Hier sind vor Ort Freundschaften entstanden, auch zu Gudrun Hock.. Sie sieht durch ihre berufliche Tätigkeit, dass die Gesellschaft immer weiter in eine soziale und wirtschaftliche Spaltung hineingerät: Die älteren, langjährig Beschäftigten hätten durch den langen und kontinuierlichen Ausbau des Arbeitsrechts in den 60er bis 90er Jahren immer noch relativ guten Schutz. Doch auf der anderen Seite - gerade wegen politischer Entscheidungen in den letzten Jahren - müssten heute viele, vor allem junge Erwerbstätige im Rahmen von ungesicherten Zeitverträgen, arbeiten. Ingrid begrüßt daher die gemeinsame Initiative der Landes-SPD und der IG Metall gegen die Zunahme von Leiharbeit.

Als nächstes Projekt schwebt Ingrid Heinlein eine Stiftung vor, um Textilarbeiterinnen in Mittelamerika zu unterstützen. Wir sind sicher: Die wird es geben!

Autorinnen: Christa Obersteiner und Marlene Utke, SPD-Derendorf (gekürzte Fassung)



ASF-Regio wählt Bergit Fleckner-Olbermann (rechts) zur neuen Regio-Vorsitzenden

Die ASF-Region Niederrhein hat auf ihrer Konferenz in Düsseldorf ihr Vorstandsteam neu gewählt. Als Vorsitzende wurde Bergit Fleckner-Olbermann aus Düsseldorf gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Monika Hugonin aus UB Solingen. Als Beisitzerinnen wurden gewählt: Rosi Jost, UB Neuss, Heike Reese, UB Wuppertal, Hedwig Segler, UB Viersen, Petra Struck, UB Essen und Karin Wietheger aus UB Wesel.



Frauenquiz

1. Welcher dieser Erfindungen wurden von Frauen gemacht?

- a) das Fallschirmpaket
- b) die Nähmaschine
- c) der Scheibenwischer
- d) der Staubsauger

Richtig: a, c

2. Seit wann dürfen Frauen in Deutschland aktiv wählen?

- a) 1891
- b) 1902
- c) 1918
- d) 1930

Richtig: c

3. Seit wann dürfen Ehefrauen in der BRD ohne Erlaubnis ihrer Männer eine Beschäftigung ausüben?

- a) 1965
- b) 1936
- c) 1952
- d) 1977

Richtig: d